

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/54

Hannover, 7. Mai 1948

Ohne Illusionen
=====

P.R. Die Sicherung der Einheit Deutschlands erscheint heute als das politische Hauptfordernis der Stunde. Die verschiedensten Rezepte werden empfohlen, ehrliche Besorgnis steht neben agitatorischer Phrase und immer wieder wird die Furcht sichtbar, der Zerfall der Welt in zwei feindliche Hälften werde auf die Dauer auch Deutschland zerreißen.

Zweierteil scheint uns bei solcher Betrachtungsweise nicht in der wahren Bedeutung erkannt zu sein: Einmal muss heute jede Form einer allgemeinen deutschen Vertretungskörperschaft, gleich wie sie zusammengesetzt ist, so stark im Schatten des Gegensatzes der Besatzungsmächte stehen, dass man in ihr nicht eine echte Vertretung sehen kann. Entweder wird sie rein konventionell-repräsentativ und vollkommen ohnmächtig wirken, oder sie wird zu einer Art neuen Nebenkriegsschauplatz im Waffengang der westlichen gegen die östliche Konzeption werden. Weder mit dem einen noch mit dem anderen wäre etwas gewonnen.

Andererseits wird nicht immer genügend gewürdigt, dass die Einheit des deutschen Bewusstseins, das Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Menschen aller Zonen weit stärker entwickelt ist als man gemeinhin annimmt und in Rechnung stellt. Man weiss überall, dass es allein der zwiespältige Wille der Besatzungsmächte ist, der ein Zusammenkommen verhindert. Dieser Wille mag zeitweise hier und dort die zur Geschlossenheit strebenden Gedanken und Strömungen schwächen, aber er wird sie nicht abtöten können.

Das alte Gesetz, dass Druck umso stärkeren Gegenruck erzeugt, wird die gegenwärtige Situation viel eher zu einer Stütze des deutschen Einheitsgedankens werden lassen.

Die SPD hat in ihrer Stellungnahme zu der Frage einer gemeinsamen deutschen Vertretung stets vor der Anwendung illusionärer Mittel gewarnt. Gerade deshalb ist sie aber auch besonders berechtigt, im Falle der Planung einer westdeutschen Regierung zur Vorsicht zu mahnen. Auch hier hat es keinen Sinn, so zu tun, "als ob", Hilfe von Fiktionen zu erwarten. Richtig ist es, mit gegebenen Grössen zu arbeiten, sich auf Greifbares zu beschränken. Damit kommt man dem Endziel, das niemals aus den Augen gelassen werden darf, näher, als mit einer Politik im luftleeren Raum einer Wunschvorstellung.

Auf dieser Linie hat die SPD bisher operiert. Sie ist auf der Vorstandssitzung am 5. Mai in Springe bei Hannover bestätigt worden. Die veröffentlichte Entschliessung gibt näheren Aufschluss zur konkreten Einstellung in der Frage des beabsichtigten Weststatutes, wobei seit einiger Zeit in den Erörterungen auch die Frage der Schaffung einer Verfassung für Westdeutschland immer häufiger auftaucht. Die SPD geht von der Überlegung aus, dass selbst wenn es zu einer Erweiterung der deutschen Zuständigkeiten käme, noch lange kein friedensähnlicher Zustand geschaffen wäre, denn auch dann bliebe als letzte Instanz die Entscheidung der Besatzungsmächte, eine Tatsache, mit der wir für lange Zeit zu rechnen haben. Für eine deutsche Verfassung ist das aber eine denkbar ungeeignete Grundlage - schon das Beispiel der Länderverfassungen in der amerikanischen Zone mit ihren widerspruchsvollen, in Besatzungsregime zwangsläufig begründeten Unzulänglichkeiten, zeigt das deutlich. Eine Art westdeutscher Verfassung würde aber nur ein weiterer Beitrag zur Verhärtung des Begriffs "westdeutsch" im staatspolitischen Sinne sein. Es hat aber auch keinen Sinn, auf eine Art Rumpfparlament oder Rumpfregierung mit freizuhaltenden Plätzen für Vertreter aus dem Osten einzusteuern, weil damit unvermeidlich wäre, dass der Osten ebenfalls eine gesamtdeutsche Regierung mit dem Anspruch einer zunächst noch unvollständigen gesamtdeutschen Vertretung erhebt. Auch damit wäre man keinen Schritt weitergekommen.

So betrüblich es ist: das Stadium der Provisorien ist noch nicht beendet. Etwas anderes ist es, dass man versucht, festere und zweckmässigere Organisationsformen auch für die politische Ordnung in Westdeutschland zu finden. Aber es würde gerade dem Gedanken der deutschen Einheit schaden, wollte man in ihr ein Präjudiz, eine Art Vorentscheidung auf einem Teilgebiet sehen. Soweit sind wir heute - nicht durch deutsche Schuld - leider noch nicht.

Nach den italienischen Wahlen

E.A.M. Verona, Anfang Mai

Der überraschende Sieg der Christlich-Demokratischen Partei ist vor allem im Sinne eines Referendums als grundsätzliche Entscheidung des italienischen Volkes für Westeuropa und seinen Wiederaufbau nach dem Marshallplan zu werten. Konnte man drei Jahre lang vom erloschenen Krater reden, aus dem erneut die Flammen schlagen würden, so ist jetzt eine Stabilisierung eingetreten, die nicht zuletzt auf die französischen Verhältnisse massgeblich einwirken wird. Und dabei ist diese italienische Stabilisierung nicht einmal so sehr ein Parteierfolg, als der Sieg des freien Willens des Volkes. Nach dem ersten Weltkrieg gab Italien das Signal zum Faschismus - nach dem zweiten Weltkrieg weist es den reiferen Weg der Demokratie. Sich selbst hat es damit den Rückweg in die grosse westliche Völkerfamilie endgültig gesichert. Die eröffnete positive Phase einer Aufbaupolitik wird alsbald zur Revision des Friedensvertrages führen, deren Beginn mit der Rückgabe Triests eingeleitet werden dürfte. Und sicher ist, dass sich Italiens Stimme stärker als bisher zugunsten einer europäischen Regelung des deutschen Problems erheben wird.

Im Hinblick auf die Juniwahlen 1946 für die verfassungsgebende Nationalversammlung ist der parlamentarische Aufbau völlig verändert. Um 100 Sitze hat die Partei de Gasperis (von 207 auf 307 von 574 Abgeordneten) ihre Vertretung in der Kammer erhöhen können und verfügt auch im Senat mit 148 von 237 Sitzen über einen Einfluss, wie ihn freie Wahlen in Italien bisher nie für eine Partei zur Folge hatten.

Die Niederlage Togliattis kündigte sich zwei bis drei Wochen vor dem Wahltermin an. Das Verschweigen von Hammer und Sichel, die fast völlige Unterschlagung des Begriffs "Kommunismus", die Tarnung als patriotische Garibaldianer, die Verpflichtung Togliattis als Koninform-Mitglied auf seine politische Neutralität zwischen Ost und West, die Zitierung von Christus auf Wahlplakaten und zuletzt die unvorsichtige Diskussion über die Bildung der neuen Regierung bei einer Demission de Gasperis waren denn doch zu starker "Tobak". Diese Ungeschicklichkeiten fanden in einer schlagkräftigen Gegenpropaganda Ergänzung; in vielen Fällen (Verbleib von 60.000 italienischen Kriegsgefangenen in Russland, Darstellung eines amerikanischen Brotes) konnte sie sich auf kommentarlose Tatsachenangabe stützen oder gar nur dazu auffordern, einfach "für Italien" zu wählen, ohne dass eine Partei überhaupt genannt zu werden brauchte.

Nennis Verrat am abendländischen Sozialismus, die zu spät erfolgte Frontentrennung im Hinblick auf die Notwendigkeit einer "dritten Kraft" in Italienseitens der Sozialistischen Internationale (COMISCO), die nunmehr erforderliche Entpolitisierung der Gewerkschaftsführung und Entbindung vom kommunistischen Parteimonopol, die weitere Aufklärung des Volkes über die internationalen Gefahren des Kommunismus und seiner

zweifellos noch "frommeren" Haltung in Italien, sowie die Beschränkung des Einflusses dieser fünften Kolonne im Rahmen demokratischer Möglichkeiten - das sind die Gesprächsthemen in Presse und politischen Kreisen.

Nach dem ersten Zusammentritt des Parlaments am 8. Mai werden beide Häuser am 10. Mai die Wahl des Präsidenten der Republik für die Zeitdauer von sieben Jahren vornehmen; De Gasperi wird seine neue Regierung durch Hineinnahme eines weiteren Vertreters der unabhängigen Sozialisten (wahrscheinlich Matteo Lombardo) auf eine noch breitere Basis stellen; auf Sforza als Aussenminister kaum verzichten wollen. Ausser De Nicola, gegen dessen Wiederwahl als Staatspräsident Bedenken geäußert werden, weil seine konstitutionalistische Vorsicht grösser ist als seine eventuell notwendige Tatkraft, gelten der greise Vittorio Emanuele Orlando und der frühere Ministerpräsident Ivan^o Bonomi als mögliche Kandidaten. Als Hüter der Verfassung und Oberbefehlshaber der Armee kommt dem Staatschef ein entscheidender Einfluss auf die Geschichte des Landes in kritischen Zeiten zu. (b/ A/25/2/he)

40 Jahre parteipolitische Frauenarbeit

von Herta Gotthelf, Hannover

Am 15. Mai 1908 trat das Reichsvereinsgesetz in Kraft, das es zum ersten Mal in der deutschen Geschichte den Frauen ermöglichte, sich in politischen Parteien zu organisieren und politische Versammlungen abzuhalten. Zwar wurden mit diesem Gesetz noch nicht alle polizeilichen Überwachungen und Einschränkungen aufgehoben, insbesondere wurden die Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr vom Vereins- und Versammlungsrecht ausgeschlossen. Immerhin hatten von diesem Zeitpunkt an die deutschen Frauen die Möglichkeit, als Mitglieder politischer Parteien und über die politischen Parteien für ihre Rechte und für die Rechte des gesamten Volkes zu kämpfen.

Welchen Gebrauch haben die deutschen Frauen nun in den letzten vierzig Jahren von diesem Recht gemacht? Die sozialdemokratischen Frauen haben nicht erst dieses Gesetzes bedurft, um von den Anfängen der sozialistischen Bewegung an aktiv mitzuarbeiten. Besonders während der Zeit des Sozialistengesetzes haben sie gezeigt, dass die Frauen der Arbeiterklasse wohl begriffen, dass es in diesem Kampf um den Sozialismus auch um ihre ureigensten Interessen ging. Auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes nahmen die Frauen einen wachsenden Anteil am Kampf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und als sie 1908 sich endlich auch "offiziell" organisieren durften, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl der weiblichen Mitglieder innerhalb der Partei.

Leider trifft diese Feststellung nicht auf das Gros der deutschen Frauen zu. Nur allzuvielen versteckten und verstecken sich immer noch hinter der bequemen Ausrede, dass Politik und insbesondere Parteipolitik nicht die Sache der Frauen sei. Auf diese Weise

bereiten sie eine Geisteshaltung vor, die die Menschen wieder aufnahmefähig macht für demagogische Zaubereien irgendeines neuen "Retters".

Im Interesse der deutschen Demokratie, im Interesse unseres Kampfes um den Sozialismus, müssen wir diesen Jahrestag, der den deutschen Frauen das Recht gab, sich politisch zu organisieren, zum Anlass nehmen, ihnen zu sagen, dass es ein Verbrechen gegen sich selbst und gegen die Zukunft ihres Landes ist, wenn sie sich auch heute noch um eine politische Entscheidung drücken. Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands wird im Kampf der Parteien entschieden. Es ist Pflicht einer jeden deutschen Frau, dieses Recht, das ihr vor vierzig Jahren unter so harten Opfern erkämpft worden ist, zum Besten ihres Volkes, zum Besten eines freien, demokratischen und sozialistischen Deutschland zu nutzen. (m/Bl/55/1/he)

Eine unverständliche Massnahme

sp. "Die Freiheit" in Mainz, das Blatt der SPD in Rheinland-Pfalz, veröffentlichte am 23. April einen Artikel unter dem Titel "Ernährung und Arbeitskraft" mit einer graphischen Darstellung der Kaloriensätze für den deutschen Normalverbraucher im Jahre 1943 (täglich 1765 Kalorien), für den ausländischen Zivilarbeiter 1943 (täglich 2.500), für den KZ-Häftling 1944/45 (1675) und für den deutschen Normalverbraucher 1947 in der französischen Zone (305 Kalorien täglich). Die Verpflegungsdaten für KZ-Häftlinge waren dem Buch von Eugen Kogon "Der-SS Staat" entnommen, der Inhalt des Buches war vor der Veröffentlichung von einem Gremium ehemaliger KZ-Häftlinge geprüft und nicht beanstandet worden. Die übrigen Daten sind den amtlichen Mitteilungen bzw. Aufrufen entnommen. Zweck der Veröffentlichung war, die massgebenden Behörden auf den Ernst der Ernährungslage aufmerksam zu machen.

Der Chefredakteur der Freiheit, G. Markscheffel, wurde auf Grund dieses Artikels zum Militärgouverneur gerufen und von diesem, ohne dass die sachlichen Argumente dieses Aufsatzes auch nur erwähnt, geschweige denn widerlegt wurden, in der gröblichsten und hier nicht wiederzugebenden Weise beschimpft und beleidigt. Mit Schreiben vom 3. Mai an den Verlag der "Freiheit" fordert der Militärgouverneur die Absetzung des Chefredakteurs und sprach gleichzeitig das Berufsverbot für Markscheffel aus. Diese Diskriminierungen treffen einen Sozialdemokraten, der als Journalist und als Politiker, privat oder in der Ausübung seines Berufes, seit Jahren sich in der fairsten Weise für eine Verbesserung in den deutsch-französischen Beziehungen eingesetzt und während der deutschen Besetzung Frankreichs mit der französischen Widerstandsbewegung zusammengearbeitet hat. (Bl/2/75/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunan